Beschluss 1.2 Natürlich regional: Ernährung und Verbraucherschutz

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	24.11.2018
Tagesordnungspunkt:	TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

Ökologische und regionale Lebensmittel auf den Tisch

Äpfel aus dem eigenen Garten, Gemüse vom Bauern nebenan, immer mehr Brandenburger*innen suchen nach Alternativen zu Massentierhaltung, Fast Food und Lebensmittelindustrie. Unsere Vision ist, einen großen Teil des Brandenburger und Berliner Lebensmittelbedarfs durch regionale Produkte und über kurze Transportwege zu decken. Ökologische und soziale Standards und mehr Transparenz schützen Verbraucher*innen und ermöglichen einen bewussteren Konsum. Gentechnik und Ackergifte haben auf unseren Tellern nichts zu suchen. In öffentlichen Einrichtungen, Kitas, Schulen, Kantinen, Mensen, Krankenhäusern, Pflegeheimen und der Verwaltung wollen wir den Anteil an regionalen und ökologischen Lebensmitteln deutlich steigern. Entsprechende Kriterien können bei Ausschreibungen der festgelegt werden. Wir unterstützen Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote.

Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Märkte und Existenzgründer*inneninitiativen eröffnen neue Perspektiven. Menschen gehen neue Wege, um Einfluss auf die Produktion gesunder Lebensmittel zu nehmen – und um den ländlichen Raum zu entfalten. Wir unterstützen solche neuen Formen der Partnerschaft zwischen Verbraucher*innen und Erzeuger*innen und fördern diese Wertschöpfungsplattformen mit Förderprogrammen und Beratung.

Klima- und Tierschutz beginnt auf dem Teller. Was wir essen, hat auch Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert. Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser Essverhalten mitverursacht.

Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen Tonnen mit einem Gegenwert von 22 Milliarden EUR werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und Verbrauch ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung initiieren, mit dem Ziel Lebensmittelabfälle entlang der Lebensmittelversorgungsketten zu reduzieren, zum Beispiel in Supermärkten und öffentlichen Kantinen von Schulen, Kitas, Krankenhäusern oder Seniorenheimen.

Verbraucher*innen besser schützen

Verbraucher*innen möchten wissen, was sie konsumieren. Bewusste Konsumentscheidungen setzen Information und Transparenz voraus. Die Verbraucherzentralen leisten einen wichtigen Beitrag zur Information und Beratung. Wir wollen alle Standorte der Verbraucherzentralen sichern und finanziell besser ausstatten. Die derzeit zur Verfügung gestellten achtzig Cent pro Einwohner*in und Jahr wollen wir auf einen Euro erhöhen. Damit wollen wir die Verbraucherzentralen in die Lage versetzen, die mobile Beratung in den ländlichen Regionen auszubauen und Musterfeststellungsklagen durchzuführen, zum Beispiel bei Problemen mit Fernwärmeanbietern, Versicherungsschutz bei Elementarschäden oder der Kündigung von Prämiensparverträgen durch die Sparkassen.

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache gesetzliche Kennzeichnung für alle Nahrungsmittel gibt. Mit einem Brandenburger Label für tierische Produkte wie Fleisch und Milch könnten Haltungsbedingungen klar definiert und für Verbraucher*innen transparent werden. Die

Kennzeichnung bei Eiern hat gezeigt wie es geht und zum schnellen Ende der Käfighaltung beigetragen. Für die in Brandenburg produzierten Produkte wollen wir eine Regionalkennzeichnung mit hohen Qualitätsstandards voranbringen.

Die Hygienequalität in Restaurants und Lebensmittelbetrieben wollen wir nach dem Vorbild Dänemarks mit einer Hygieneampel verbessern. Mit den Farben Rot, Gelb und Grün im Eingangsbereich von Betrieben und auf den betriebseigenen Homepages sollen die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen transparent dargestellt werden. Das schafft Klarheit für die Verbraucher*innen und belohnt diejenigen Betriebe, die sich um die Einhaltung hoher Standards bemühen.

Verbraucher*innenbildung in Kita und Schule ist die Basis für ein kluges Verbraucher*innenverhalten. Das wollen wir auch zum Bestandteil der Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen machen.

Das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAGV) braucht genügend Personal und eine strenge Aufsicht für seinen verantwortungsvollen Aufgabenbereich. Skandale wie der unkontrollierte Handel mit gestohlenen und möglicherweise unwirksamen Medikamenten dürfen sich nicht wiederholen. Die Lebensmittelüberwachung wollen wir finanziell und personell besser ausstatten, einen jährlichen Lagebericht im Landtag einführen und den Verbraucherschutz als Forschungsgebiet in Brandenburg etablieren.

Wir werden darauf achten, dass die Regeln der EU-Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden, damit Verbraucher*innen gut geschützt sind, egal ob sie online oder offline einkaufen.

Schluss mit der Plasteflut

Die Gurke in Plastefolie, die kleinen Schokoriegel gleich doppelt in Plaste verpackt, Plastekaffeekapseln, jede*r Brandenburger*in produziert fast 40 kg Plastemüll im Jahr. Weltweit landen acht Millionen Tonnen Plastemüll jedes Jahr in unseren Ozeanen, gefährden unser Öko-System und töten Fische und Vögel. Mikroplaste ist selbst im Brandenburger Anglerverband inzwischen Thema.

Für den Einsatz von Plastefolien beim Anbau von Gemüse und
Feldfrüchten wollen wir klare Obergrenzen festsetzen und deren Einsatz
in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten generell ausschließen.

Wir wollen Müll vermeiden, wo es nur geht und einen Aktionsplan ins Leben rufen, um die Plasteverschwendung wirkungsvoll zu bekämpfen. Dazu gehört die Einführung von Mehrwegsystemen wie es einige Kommunen zum Beispiel bei Kaffee-to-go-Bechern schon praktizieren und die Unterstützung von plastefreien Kommunen als Modellprojekt, die Förderung von Repair-Cafés und Gebrauchtwarenläden nach belgischem Vorbild, die Stärkung des Recyclingsystems.Hierfür ist auch das Eindämmen von Verbundverpackungen elementar. In der Landesverwaltung wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen. Die Wirtschaftsförderung des Landes wollen wir umbauen, um mehr Unternehmen beim Ressourcenschutz zu unterstützen.

Wir werden darauf achten, dass die Regeln der EU-Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden, damit Verbraucher*innen gut geschützt sind, egal ob sie online oder offline einkaufen. Onlinekriminalität muss wirkungsvoll bekämpft werden, die Polizei braucht dazu die entsprechende Fortbildung und Ausstattung